

Bulgarien

Johanna Deimel

Die politische Krise hält Bulgarien weiter in Atem. Sichtbares Zeichen für die Vertrauenserosion gegenüber den etablierten politischen Kräften sind die monatelangen Straßenproteste in Sofia gegen die Regierung Plamen Oresharski und für mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Es sind vor allem Vertreter aus der Mittelschicht und Studenten, die auf die Straße gehen. Gemessen an dem Bericht von Freedom House 2014 zu Bulgarien würde sich das Land heute schwer tun, Mitglied der EU zu werden, so Tatiana Vaksberg.¹ Die Demokratie verschlechtert sich und wird als semi-konsolidiert eingestuft.² Umfragen von Alpha Research vom April 2014 belegen ein fundamentales Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen, wonach 65% die Arbeit des Parlaments und 56% die der Regierung als schlecht bezeichnen.³ Bulgarien befindet sich in einer Umbruchphase, und Analysten, wie Nikolay Nikolov, werfen die Frage auf, ob Bulgarien nicht sogar „lost in transition“ sei.⁴ Die Ursachenforschung für den schlechten Demokratiezustand geht dabei bis auf die Ereignisse 1989/90 zurück. Die Bürger Bulgariens jedenfalls sind in Bewegung, sie sind politisiert und gehen auch gegen Bauprojekte in Kadare am Schwarzen Meer auf die Straße.

Schlechte Nachrichten aus Brüssel

Schlechte Nachrichten gab es am 22. Januar 2014 aus Brüssel im Bericht zum Kooperations- und Überprüfungsmechanismus,⁵ dem Bulgarien seit seinem EU-Beitritt 2007 nach wie vor unterliegt. Selbst nach sieben Jahren EU-Mitgliedschaft liege das Justizwesen noch immer im Argen, und die Kommission empfiehlt, Bulgarien weiterhin unter Beobachtung zu halten. „Statt Vertrauen zu wecken“, heißt es, „gaben (...) Ereignisse in den letzten 18 Monaten (...) Anlass zur Sorge: Ernennungen mussten wegen Integritätswahrscheinlichkeiten zurückgezogen werden, überführten Köpfen des organisierten Verbrechens gelang die Flucht vor der Justiz und immer mehr Enthüllungen über eine politische Einflussnahme auf die Justiz kamen ans Licht“. Die Rechtsstaatdefizite verhindern nicht nur weiterhin den Beitritt Bulgariens zum Schengenraum, auch der Anti-Korruptionsbericht der EU zu Bulgarien vom Februar 2014⁶ stellt dem Land kein gutes Zeugnis aus. Bemängelt werden u.a. Bestechungen bei Patentanmeldungen und Lizenzvergaben, undurchsichtige und politische Einflussnahmen auf die Medien über die Eigner, politische Einflussnahmen auch auf die Staatsanwaltschaft und mangelnde Strafverfolgung bzw. abschließende Gerichtsverfahren bei schwerwiegenden Korruptionsverdachtsfällen. Der schlechten Nachrichten nicht genug, empfahl das EU-Parlament im April der EU-Kommission, „ernsthaft zu prüfen, ob in Bulgarien die EU-Fonds regelgerecht verwendet werden“.⁷

1 Tatjana Vaksberg: Basctite na balgarskata poludemokraticija, Deutsche Welle, 13.06.14.

2 Freedom House: Nations in Transit 2014, <http://www.freedomhouse.org>.

3 <http://alpharesearch.bg>.

4 Nikolay Nikolov: Bulgaria: lost in transition, openDemocracy, 10 December 2013.

5 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Fortschritte Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus, COM(2014), 22.1.2014.

6 European Commission: Annex Bulgaria to the EU Anti-Corruption Report, 3.2.2014.

Im Juni 2014 setzte die EU-Kommission vor allem wegen Problemen bei der städtischen Auftragsvergabe in Burgas und Asenovgrad ihre Zahlungen für das regionale Entwicklungsprogramm für Stadtentwicklung und Tourismus aus. Auch das Partnerschaftsabkommen Bulgariens, in dem die nationalen Prioritäten für eine Förderung aus dem Struktur- und Investitionsfonds der EU für 2014-2020 festgelegt werden, hat die EU-Kommission im Juni 2014 erneut als unzureichend zurückgewiesen.

Wahlen zum Europaparlament: Show-up für Barekov und Show-down für Oresharski

In Deutschland und Großbritannien waren Rumänen und Bulgaren Thema im Europawahlkampf. Ihnen wurde – wie etwa durch die bayerische CSU mit dem Satz: „Wer betrügt, der fliegt“ – mit der ab 1. Januar 2014 in Kraft tretenden Freizügigkeit Sozialmissbrauch unterstellt. Angst vor Überfremdung und Sozialmissbrauch traten aber auch in Bulgarien auf die Agenda. Das betraf vor allem die Roma-Bevölkerung – ca. 325.000 – des Landes. Einer Umfrage von Exacta Research Group vom Februar 2014 zufolge, äußerten 85% der bulgarischen Bevölkerung die Befürchtung, langfristig von den Roma demographisch überholt zu werden. Nationalistische Töne und Übergriffe richteten sich außerdem gegen afrikanische und asiatische Flüchtlinge. Völlig unvorbereitet erwies sich Bulgarien im Umgang mit den ca. 11.000 syrischen Flüchtlingen.⁸ Laut eines Berichts von Human Rights Watch vom 1. April 2014 verletzt Bulgarien nicht nur EU-Standards, sondern entspricht nicht einmal internationalen Mindeststandards im Umgang mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten.⁹ EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström appellierte während ihres Besuchs in Sofia im März an die bulgarische Führung, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern, nachdem Bulgarien bereits 15,6 Mio. Euro zur Unterstützung im Umgang mit den Migranten und weitere 6,4 Mio. Euro aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds erhalten hatte.

Partei/Koalition	Ergebnis der Europawahlen am 25.5.2014 in %	Wahlergebnis Parlamentswahlen Mai 2013 in%	Mandate im EU-Parlament
GERB	30.40	30.5	6
BSP	18.93	26.6	4
DPS	17.27	11.3	4
BBC/VMRO/BND	10.66		2
Reformistenblock	6.45		1
ABV	4.02		
NSFB	3.05	3.7	
Ataka	2.96	7.3	
andere	6.26		

Quelle: <http://www.results-elections2014.eu/en/country-results-bg-2014.html>.

Die BSP-DPS-Regierungskoalition von Premier Plamen Oresharski schlingerte, toleriert durch die rechtsradikale Ataka, durch das Krisenprogramm und in den Europawahlkampf. So war es nur eine Frage der Zeit, wann eine neue populistische Figur auftauchen würde. Nikolai Barekov, als TV-Journalist landesweit bekannt, gründete im Januar 2014 seine Partei „Bulgarien ohne Zensur“ (BBC). Ihm ist es dabei im Schnelldurchlauf gelungen,

7 <http://sofiaglobe.com/2014/04/03/european-parliament-report-ec-should-consider-stopping-eu-funds-for-bulgaria/>.
 8 Rayna Stamoliyska: Bulgaria’s chilly welcome to Syrian refugees, openDemocracy, 4 February 2014.
 9 Human Rights Watch: Containment Plan. Bulgaria’s Pushbacks and Detention of Syrian and Other Asylum Seekers and Migrants, April 2014.

durch drei „Überläufer“ in die Regierungsentscheidungen hineinzuwirken, ohne dass er sich selbst einem Wählervotum gestellt hätte. Barekov, dessen Nähe zu Deljan Peevskis Medienimperium für Kritik sorgte, wurde damit zum neuen Königsmacher der Minderheitenregierung Oresharski. Peevski, dessen Nominierung zum Geheimdienstchef 2013 Auslöser für die Straßenproteste war, hat auf Platz zwei der DPS-Liste zum Europaparlament kandidiert. Zugleich setzte ein Spaltungsprozess innerhalb der BSP ein. Ivailo Kalfin, ein politisches Schwergewicht der BSP, trat bei den Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai 2014 mit der vom früheren Präsidenten Georgi Parvanov geführten „Alternative für die Bulgarische Wiedergeburt“ (ABV) an. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 35,5% konnte Boiko Borisovs GERB das Ergebnis von 2013 in etwa halten und Barekov aus dem Stand heraus 10,6% gewinnen. Auch das konservative Bündnis „Reformistenblock“ um die ehemalige EU-Kommissarin Meglena Kuneva und die DPS haben gute Ergebnisse erzielen können. Das Ergebnis für die BSP und Ataka aber war ein Desaster.

Die Regierung Oresharski, nach vier Misstrauensvoten angezählt, erhielt ihren finalen Stoß, als es um das South Stream Pipeline Projekt ging. Trotz der Forderung nach einem Baustopp und eindeutiger Warnungen aus Brüssel, dass das Bauvorhaben gegen EU-Regularien verstoße, beharrte die Regierung zunächst darauf, den Bau mit dem russischen Unternehmen Sroytransgaz durchzuführen. BSP-DPS und Ataka versuchten sogar, den Bau als ein Verbindungsstück und nicht als eine Pipeline zu deklarieren, um sie so aus dem EU-Recht herauszulösen.¹⁰ Vor dem EU-Beitritt 2007 sprach der damalige russische Botschafter in Brüssel davon, dass „Sofia Moskaus Trojanisches Pferd“ sei.¹¹ Im Zuge der Ukraine-Krise war Bulgariens Haltung in der EU auf dem Prüfstand, wie weit der russische Einfluss in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des Landes reicht. Selbst die deutsche Bundesregierung warnte davor, dass Russland möglicherweise Bulgarien zu einem Brückenkopf in der EU ausbaut.¹² Bulgarien stellte sich zwar hinter die EU-Sanktionen gegen Russland, die fast vollständige Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen aber machte es schwer, zwischen Moskau und Brüssel zu entscheiden. Erst nach einem Gespräch mit drei US-Senatoren gab Oresharski dem Druck aus Brüssel und Washington nach und verkündete am 8. Juni plötzlich den Baustopp. Das vorläufige Ende der Pipeline war das Ende des Regierungsbündnisses, das zwischen Gegnern (aus der BSP) und Befürwortern (DPS) des Baustopps gespalten war. Am 6. August wird der Präsident das Kabinett auflösen und bis zur Regierungsbildung nach der Parlamentswahl am 5. Oktober 2014 eine Übergangsregierung einsetzen.

Die EU-Wahlen haben deutlich gemacht, dass die BSP in einer tiefen Identitätskrise steckt. BSP-Chef Sergej Stanishev wird, entgegen seiner Versprechen, das EU-Abgeordnetenmandat doch wahrnehmen und sucht nach einer politischen Zukunft – er strebt das Amt eines EU-Kommissars an. Ob er sich allerdings gegen die vom neu gewählten EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker öffentlich als Nachfolgerin für Catherine Ashton im Amt der Hohen Repräsentantin favorisierte amtierende EU-Kommissarin Kristalina Georgieva wird durchsetzen können, ist fraglich.

Wirtschaft

Am 22. Oktober 2013 stimmte das bulgarische Parlament mit großer Mehrheit (171 Fürstimmen, 38 Gegenstimmen, 12 Enthaltungen) für den Antrag von „Ataka“, um das dem

10 Direktleitung nach Sofia, Süddeutsche Zeitung, 12.4.14.

11 <http://sofiaglobe.com/2014/04/17/much-ado-about-south-stream/>.

12 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/bulgarien-bundesregierung-fuerchtet-russlands-einfluss-a-968785.html>.

Land im EU-Beitrittsvertrag gewährte Moratorium für den Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen an Ausländer bis 2020 zu verlängern. Um auch den Agrarsektor Bulgariens für den globalen bzw. europäischen Markt fit zu machen, war Bulgarien im EU-Beitrittsvertrag ein zusätzliches Moratorium bis Ende 2013 gewährt worden. Eine gezielte Agrar- und Strukturreform hat keine der jüngsten Regierungen, weder die BSP noch GERB, auf den Weg bringen können. Der Beschluss vom Oktober 2013 stellte eine klare Vertragsverletzung gegenüber der EU dar, den Markt bis 2014 zu öffnen, und wurde in Brüssel entsprechend irritiert aufgenommen. Das Bulgarische Verfassungsgericht hat das Verbot schließlich Ende Januar 2014 mit der Begründung, es sei nicht verfassungskonform und widerspreche dem EU-Beitrittsvertrag, wieder außer Kraft gesetzt.

Etwas Ambitionen Bulgariens, Mitglied der Eurozone zu werden, wurden in einem Bericht der Europäischen Kommission Anfang Juni 2014 ein Dämpfer gesetzt.¹³ Nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen und der Konvergenzkriterien kommt die Kommission zu dem Schluss, dass Bulgarien derzeit nicht die notwendigen Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Währungsunion erfüllt. Zwar sei die Wirtschaft des Landes durch Handel und Investitionen bereits gut in die Eurozone integriert, biete aber deutlich schlechtere Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten als die meisten Mitglieder der Eurozone.¹⁴ Nur schwer erholt sich Bulgarien von der globalen Finanzkrise, so die Weltbank im April 2014. Investitionen und vor allem ausländische Direktinvestitionen sind substantiell zurückgegangen, die Bruttoanlageinvestitionen haben 2013 nur 79% des Niveaus von 2009 erreicht.¹⁵ Im Juni 2014 hat die Ratingagentur Standard & Poor's Bulgariens Bonitätsbewertung aufgrund der politischen Instabilitäten und mangelnder Reformen von „BBB“ auf „BBB-“ gesenkt. Die Abstufung wird gegenüber ausländischen Investoren ein problematisches Signal senden.

Seit 1997 gibt es in Bulgarien den Währungsrat, der die bulgarische Währung zunächst an die D-Mark, dann an den Euro bindet. Geringes Wirtschaftswachstum, wenig Finanzströme und die Gefahr, dass sich die griechische Krise auch auf den Bankensektor in Bulgarien auswirken könnte, stellten den Währungsrat vor Herausforderungen, wie die EU-Kommission im Konvergenzbericht feststellt. 85% des bulgarischen Bankenmarkts werden von ausländischen Investoren gehalten werden, darunter von UniCredit, Raiffeisen, der griechischen Eurobank, Piräusbank und Alphabank.¹⁶ Seit 20. Juni 2014 unterliegt die Corporate Commercial Bank einer besonderen Aufsicht durch die Bulgarische Nationalbank. Auf sie, wie auf die First Investment Bank, war es zu einem Kundenansturm gekommen, nachdem über das Internet und SMS Gerüchte über deren angeblich drohende Bankenpleite verbreitet wurden. Die EU-Kommission billigte am 30. Juni 2014 eine Kreditlinie für Bulgarien in Höhe von 1,7 Mrd. Euro, um genügend Liquidität für den Bankensektor zu gewährleisten.

Die Weltbank warnt vor großen sozio-ökonomischen Herausforderungen, denen sich das Balkanland gegenübersehe: Erstens, die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, die zu dem weltweit rasantesten Rückgang an Bürgern im arbeitsfähigen Alter führt; und zweitens der dringende Bedarf, den Lebensstandard der Bulgaren dem des EU-Durchschnitts anzugleichen. Bulgarien ist noch immer das ärmste EU-Mitgliedsland, in dem fast die Hälfte seiner Bürger in Armut lebt. Nur 38% der Bulgaren sind mit ihrem Lebensschicksal zufrieden.¹⁷

13 European Commission: Convergence Report 2014. European Economy 4/2014.

14 The World Bank, Doing Business 2014; <http://www.doingbusiness.org/data/exploreeconomies/bulgaria/>.

15 World Bank Group – Bulgaria Partnership Program Snapshot, April 2014, S. 2.

16 <http://derstandard.at/2000002464819/EU-stockt-Kreditlimit-fuer-Banken-auf-23-Milliarden-Dollar-auf>.

17 www.euroobserver.com/news/124650, 18.6.2014.